

Zwischenbilanz

Es steht dem „westlichen“ Beobachter nicht zu, bei Halbzeit schon ein Urteil über die Konferenzen der Dritte-Welt-Theologen in Dar-es-Salaam, Accra und Colombo abzugeben. Zuviel ist noch vorläufig, ist Suche nach dem eigenen Standort.

Ein (ungenanntes) Mitglied des Gründungs-Komitees hat bereits seine Schlußfolgerung gezogen: „Nach wie vor bin ich an der Vereinigung der Dritte-Welt-Theologen interessiert, aber sie können auf die Dauer mit der reinen Analyse allein keine Theologie betreiben. Sie sollten endlich zur theologischen Reflexion kommen. Dafür braucht es professionelle Theologen, wenngleich der Grundansatz stimmt, daß die christliche Gemeinschaft, eingebettet in eine bestimmte Situation, das übergreifende Subjekt jedes theologischen Arbeitens ist. Der einzige und beste Weg, diese Konferenzen theologisch seriöser zu machen, besteht darin, sie von innen her zu inspirieren und zu beeinflussen.“

Man wird also vorerst unter sich bleiben. *Adolf Exeler* meinte in seinem Beitrag über „vergleichende Theologie“

für die Festschrift von Josef Glazik und Bernward Wilke: „Legitime Pluralität in der Theologie, also auch legitime ‚einheimische Theologie‘, kann es nur noch im Welt-horizont geben. Das bedeutet freilich nicht, daß sich eine Theologie, etwa die westliche, zur Richterin über die anderen aufwerfen dürfte.“ In der Überheblichkeit der abendländischen Theologie und ihrer Vertreter liegt zweifellos einer der Gründe für die – möglicherweise ungesunde – Abkapselung der Dritte-Welt-Theologen auf Zeit. Der Inder Amalorpavadas versuchte es einmal so zu erklären: „Heute müßte ich meinen theologischen Lehrern der Pariser Sorbonne ins Angesicht widerstehen. Vor den Menschen, denen ich das Evangelium verkünde, versagt die Philosophen-Theologie. Ich muß das Wort Gottes einbetten in die Lebenssituation dieser Leute. Aber mit meiner Theologie kann ich mich noch nicht der Diskussion stellen. Ich fürchte, sie werden sie mir zerpflücken.“

Wie aber soll die westliche Theologie in den zugesagten Dialog eintreten, wenn sie nicht mit viel Fingerspitzengefühl jetzt schon aufmerksam begleitet, was sich im Süden unserer Kirche entwickelt? *Karl R. Höller*

Länderbericht

Mosambik: Eine bedrängte Kirche unter dem „afrikanischen“ Marxismus

Es ist schwierig, einem Land wie Mosambik gerecht zu werden. Daß die Regierung des Landes den Kirchen Mißtrauen, ja Feindschaft entgegenbringen würde, war wegen der ehemaligen Komplizenschaft der katholischen Kirche mit dem portugiesischen Kolonialismus zu erwarten. Auch die Hinwendung der Regierung von Staatspräsident Samora Machel zu den Ländern des kommunistischen Ostens hat historische Wurzeln. Ohne die diplomatische und militärische Unterstützung des Ostblocks wäre der zehnjährige bewaffnete Befreiungskampf der Frelimo (Frente de Libertação de Moçambique) erfolglos geblieben. Dazu kommt eine weitere Hypothek des Westens. Viele der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Schwierigkeiten des erst seit vier Jahren unabhängigen Staates sind Folgen des mosambikanischen Engagements für die Befreiung Simbabwe. In Rhodesien aber wird nach Auffassung der Frelimo-Führung ein illegales Regime mit direkter oder indirekter Unterstützung Südafrikas und des kapitalistischen und (in den Augen Mosambiks) *christlichen* Westens aufrechterhalten, was auch die „wirtschaft-

liche Befreiung“ und Entwicklung Mosambiks behindert. Trotz dieses Hintergrundes, der hier ausgeleuchtet werden soll, kam die Verurteilung der katholischen Kirche durch Präsident *Samora Machel* am 1. Mai 1979 (siehe unten) selbst für die Kirchenführer des Landes überraschend. Was man zuvor eher als Übereifer einiger Provinzgouverneure beurteilt hat, ist offensichtliche Regierungspolitik: Den Christen und ihren Kirchen soll in der neuen Ordnung des Landes nur ein sehr begrenzter Platz am Rande der Gesellschaft eingeräumt werden.

Beginn am Nullpunkt

Die Tatsache, daß die Regierung des portugiesischen Premierministers *Marcelo Gaetano* am 25. April 1974 durch einen Militärputsch gestürzt wurde, war eine direkte Folge des bewaffneten Kampfes der afrikanischen Guerillaorganisationen in den portugiesischen „Überseeprovinzen“ Angola, Mosambik und Guinea-Bissau. Aber nur im

Kleinstaat Bissau erfolgte der Übergang zur Selbstregierung und zur nationalen Unabhängigkeit ohne nennenswerte politische Schwierigkeiten. In Angola brach *in der Zeit der Übergangsregierung*, in der ein Machtvakuum herrschte, der Bürgerkrieg aus. Er wurde im wesentlichen mit Hilfe auswärtiger Mächte (Sowjetunion, Kuba, Südafrika, USA, Zaïre) ausgefochten. In Mosambik wurde Frelimo von den neuen Machthabern in Lissabon als einzige maßgebende Kraft anerkannt. Aber die sechs Monate dauernde Machtausübung der Frelimo (Amtsantritt der Übergangsregierung am 20.9.1974) war gekennzeichnet durch wirtschaftliche Sabotage und sporadische Aufstände portugiesischer Siedler. Wochenlang war zu befürchten, daß diese, ihren weißen Nachbarn in Rhodesien folgend, eine Siedlerregierung aufstellen und einseitig die Unabhängigkeit ausrufen würden. Im September 1974 besetzten weiße Siedler die Rundfunkstation von Lourenço Marques. Als im Oktober 1974 ein portugiesisches Kriegsschiff im Hafen der Hauptstadt anlegte, entstand eine solche Panik, daß es zwischen Weißen und Schwarzen zu Straßenschlachten kam, die mehrere Todesopfer forderten. Diesen ersten und bislang einzigen Rassenunruhen stand der neueingesetzte Führer der Übergangsregierung, *Joachim Cissano* (jetzt Außenminister), ziemlich machtlos gegenüber.

Was die Frelimo-Regierung am Tag der offiziellen Übertragung der *Unabhängigkeit* (25. Juni 1975) erbt, waren größtenteils stillgelegte Fabriken, ferner Großfarmen und Plantagen, deren Besitzer die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Maschinen entweder nach Südafrika und Rhodesien gebracht oder außer Betrieb gesetzt hatten, sowie Devisenvorräte, die lediglich vierzehn Tage ausreichen sollten. Mehr als die Hälfte der Privatfahrzeuge (LKW und PKW) waren über die Grenzen gefahren worden, so daß die Landwirte, vor allem die Kleinbauern, ihre Erträge nicht mehr verkaufen konnten. Viele der portugiesischen und indischen Mittelsmänner hatten das Land verlassen. Die Zahl der in Mosambik lebenden Weißen war im Juni 1975 von ursprünglich 230 000 auf 80 000 zusammengeschrumpft; ein Jahr später waren es noch 25 000. Innerhalb von zwei Jahren hatten somit 90% der Portugiesen das Land verlassen. Dadurch wurde Mosambik fast aller Fachkräfte beraubt.

Die *Ausbildung eigener Facharbeiter* erwies sich als äußerst schwierig, denn nur ca. 10% der schwarzen Bevölkerung waren des Lesens und Schreibens kundig. Auch viele der Frelimo-Soldaten, die nun einen Teil der Verwaltung übernehmen mußten, waren Analphabeten. Zudem war die neue Regierung nicht in der Lage, den für zivile oder staatsichernde Aufgaben eingesetzten ehemaligen Freiheitskämpfern einen regelmäßigen Sold oder ein Salär auszus zahlen. Sie mußten sich mit spärlichen Nahrungsmittelrationen begnügen. Im Dezember 1975 erhoben sich unzufriedene Frelimo-Soldaten in der Kaserne von Machava gegen die Regierung von Präsident Machel. Die Meuterei wurde nach drei Tagen niedergeschlagen. Es sollten noch viele Monate verstreichen, bis es gelang, die

Guerillastreitkräfte in eine konventionelle Armee umzuwandeln und die Soldaten für zivile Aufgaben umzuschulen. Mosambik stand am Nullpunkt, und was in den letzten vier Jahren erreicht oder *nicht* erreicht worden ist, muß auf dem Hintergrund dieser Tatsache gesehen werden.

Aufbauarbeit in den Städten

Nur 12% der ca. 11 Millionen Einwohner von Mosambik (Schätzung 1978) leben in den Städten. Über die Hälfte der Stadtbewohner entfällt auf die Hauptstadt Maputo (über 700 000), der Rest auf Beira (195 000), Quelimane (65 000), Nampula (27 000) und einige kleinere städtische Siedlungen. Die Versorgung der Bevölkerung und die Aufrechterhaltung der modernen Infrastruktur dieser Städte konnte sich die Frelimo-Regierung kaum leisten. Daß sie es trotzdem getan hat, spricht für den Pragmatismus der Regierung von Staatspräsident Machel. Als Freiheitskämpfer hatten die Frelimo-Soldaten in den Städten keine Erfahrungen sammeln können; bei der *Stadtbevölkerung* mußten sie bei der Durchsetzung ihrer sozialistischen Pläne auf Widerstand stoßen. Die Anerkennung und Unterstützung der Frelimo-Regierung durch die Stadtbewölkerung war Machel und seinen Kollegen wichtiger als ideologische „Reinheit“.

Maputo ist daher auch heute noch die sauberste und wohl auch die bestunterhaltene Stadt Schwarzafrikas. Der Müll wird jede Nacht eingesammelt, und am frühen Morgen fegen viele Einwohner der Hauptstadt den Bürgersteig vor ihren Häusern mit kurzen Reisigbesen. Es herrscht kein Mangel an Trinkwasser, die Stromversorgung funktioniert zuverlässig; dem öffentlichen Verkehr dienen moderne, aus Ungarn eingeführte Autobusse. Selbst Taxis (Fiat) wurden den Stadtbewohnern zugestanden. Verschwunden ist freilich der früher so reichlich vorhandene billige portugiesische Wein. Für dieses den Kolonialismus symbolisierende Getränk wird keine Einfuhrbewilligung erteilt. Hingegen wird Malz für die Bierbrauereien importiert, doch der Bierausschank ist auf wenige Stunden am Tag beschränkt. Auch bei der Einfuhr von Mehl macht man Konzessionen an die Stadtbewohner. Sie hatten sich während der Kolonialzeit so sehr an Brot gewöhnt, daß Frelimo keinen Versuch unternahm, diese Essensgewohnheit zu verändern.

Für die Städte und den modernen Wirtschaftssektor hatte Frelimo *kein klares ideologisches Leitbild* erarbeitet. Dies geschah erst allmählich. Ansätze dazu gibt es im Programm des dritten Parteikongresses vom Februar 1977 und in den „*Dynamisierungsgruppen*“ (grupos dinamizadores), die schon zur Zeit der Übergangsregierung gegründet wurden. Diese Gruppen verkörpern die politische Präsenz der Frelimo in den einzelnen Stadtvierteln, in den Betrieben und auf allen Ebenen der Verwaltung und der öffentlichen Dienste. Sie sind die sozialen und kulturellen Mobilisierungsinstrumente, welche die Zielvorstellungen der Regierung und der Partei unter das Volk bringen und

Schritt für Schritt in die Tat umsetzen sollen. Die „Dynamisierungsgruppen“ sind aber auch Instrumente des Volkes. Sie sollen die Meinung und den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen und schließlich die Volksmacht (*poder popular*) verwirklichen. Das Wort *O Povo*, das Volk, das in Zeitungen, auf Plakaten und Mauergraffiti immer mit großen Anfangsbuchstaben geschrieben wird, ist zu einem beinahe mythischen Begriff geworden. Nach durchaus ernst zu nehmenden Plänen der Frelimo soll nämlich die Basisbevölkerung auf die Entscheidungen im Wohnungswesen, in Produktion und Verteilung, in sozialen Belangen usw. unmittelbar Einfluß nehmen können. Um dies zu erreichen, muß man aber nicht nur allein bessere Instrumente der Mitbestimmung schaffen, sondern vor allem die unmittelbare politische Aktivierung des Volkes noch weiter steigern, wozu sich die nach sowjetischem Vorbild aufgebaute Kaderpartei nicht gerade eignet.

Einer der größten Erfolge der „Dynamisierungsgruppen“ in den Städten war der relativ rasche Wiederaufbau der Industriebetriebe. Viele Arbeiter setzten ihren Stolz darin, die größtenteils außer Betrieb gesetzten Anlagen wieder in Gang zu bringen. Trotzdem dürfte die Industrie den Produktionsstand von 1974 erst Ende 1980 wieder erreichen. Ausnahmen bilden die Dünger- und die Zementindustrie, die schon jetzt mehr produzieren als in der Kolonialzeit.

Einen weiteren, wenigstens andeutungsweise feststellbaren Erfolg verzeichnet das *Bildungswesen*. Dadurch hat sich das Leben in der Stadt wie auf dem Lande schon weitgehend verändert. Durch eine großangelegte Alphabetisierungskampagne, die sich vor allem auf die Städte und die Gemeinschaftsdörfer konzentriert, sollen jährlich 10 000 Menschen lesen und schreiben lernen. Freiwillige, die eine Schule besucht haben, werden in einem dreiwöchigen Kurs zu „Lehrern“ ausgebildet und erteilen dann ihren Kollegen im Betrieb oder den jungen und alten Mitbürgern in den Abendschulen dreimal pro Woche anderthalb Stunden Unterricht. Hand in Hand mit der Alphabetisierung gehen die politische Erziehung und die polytechnische Ausbildung.

Auch im Schulbereich wurde Erstaunliches geleistet. Im Vergleich zu 1973 konnte die Zahl der Grundschüler bis 1977 verdoppelt, die der Oberschüler sogar verdreifacht werden. Wie groß der *Nachholbedarf im Schulwesen* ist, zeigt die fachliche Qualifizierung der Lehrer: Von 16 500 Grundschullehrern haben nur rund 3 000 eine reguläre Ausbildung, von 1 853 Oberschullehrern nur 482 mehr als neun Schuljahre und eine pädagogische Ausbildung hinter sich. Nach Verfügung der Regierung müssen bis 1980 alle Grundschullehrer mindestens vier Jahre Volksschule (*sic*) und einen pädagogischen Kurs besucht haben (vgl. *Literacy and Adult Education in the People's Republic of Mozambique* im „*Journal of Adult Education*“, Dar es Salaam, August 1977, 35–42, und „Der Alphabetismus ist eine Krankheit, die unsere Entwicklung lähmt“ in „*Tages-Anzeiger*“, Zürich, 27. 1. 79).

Selbstversorgung in der Landwirtschaft

Oberstes Ziel der Entwicklungsplanung ist die *Lebensmittelversorgung durch die eigene Landwirtschaft*. Die Probleme, denen die Frelimo-Regierung gegenübersteht, sind jedoch enorm. In den letzten fünf Jahren der portugiesischen Herrschaft mußten die meisten Kleinbauern der nördlichen Provinzen ihre Felder verlassen und in sogenannte Schutzdörfer (*aldeamentos*) umsiedeln. Dort konnten sie nur einen beschränkten Viehbestand halten und eine relativ kleine Ackerfläche bebauen. In den Zentralprovinzen, der eigentlichen Kornkammer des Landes, lagen die vielen *Großfarmen* (bis zu 100 000 Hektar) brach, weil ihre Eigentümer oder Manager nach Einsetzung der Übergangsregierung einen großen Teil des Viehbestandes geschlachtet hatten und geflohen waren. Im Süden war es um die Landwirtschaft ohnehin schlecht bestellt, denn die Männer hatten der Arbeit in den südafrikanischen Bergwerken den Vorzug gegeben und den Ackerbau im eigenen Land seit Jahrzehnten vernachlässigt. Dazu kamen drei *witterungsbedingte Mißernten*: Dürre und Trockenheit in den Jahren 1976 und 1977, mit Hitzeperioden, denen z. B. die meisten Hühner in den tiefliegenden Gebieten zum Opfer fielen, und die Überschwemmung des Sambesitales im ersten Halbjahr 1978, welche die dortige landwirtschaftliche Produktion fast vollständig zum Erliegen brachte (vgl. *African Business*, London, Januar 1978 und USAID-Dokumente).

Die folgenden Zahlen sollen das Ausmaß der landwirtschaftlichen Krise in den ersten Jahren der mosambikanischen Unabhängigkeit veranschaulichen: Die Produktion von Rohrzucker sank von 330 000 t (1973) auf 192 200 t (1977). Die Baumwollernte, die 1973 144 000 t betragen hatte, sank 1977 auf 53 000 t; obwohl sie 1978 wieder auf 80 000 t anstieg, wird es für die Regierung schwierig sein, die frühere Produktionsziffer in den nächsten Jahren wieder zu erreichen. Da man die Bauern einst gezwungen hatte, Baumwolle zu pflanzen, ist sie bis heute ein Symbol der Fremdherrschaft geblieben. Die Produktion von Cashew-Nüssen, die einst über 200 000 t erreicht hatte, ging auf 76 000 t (1977) zurück. Der Anbau der Nüsse wurde von den Kleinbauern weitergeführt. Da sie für den Export nicht mehr verkauft werden konnten, kamen sie den eigenen Familien zugute. Zur Zeit ist eine „Anbauschlacht“ im Gange, um den Ertrag von Cashew-Nüssen bis 1980 auf mehr als 200 000 t zu erhöhen. Die einzigen landwirtschaftlichen Exportprodukte, deren Produktion relativ stabil geblieben ist, sind Tee und Copra. Auch die Maisernten sind trotz der schlechten Witterung gut ausgefallen.

Die von den Portugiesen verlassenen Großfarmen wurden in staatliche Betriebe umgewandelt. Ihnen kommt jedoch in der landwirtschaftlichen Planung bloß zweitrangige Bedeutung zu. Die Absetzung des Landwirtschaftsministers *Carvalho* (Mitte 1978) scheint darauf hinzudeuten, daß die Regierung kleineren Produktionseinheiten den Vorzug gibt. Das wichtigste Instrument des landwirtschaftlichen

Wiederaufbaus sind die *Gemeinschaftsdörfer* (aldeia communal), die an die „Ujamaa-Dörfer“ in Tansania erinnern. Anfang 1978 gab es bereits 1500 solcher Dörfer. „Wir wollen damit nicht nur die zerstreuten Subsistenzbauern zusammenfassen und die Produktion heben, wir wollen (damit) auch die Infrastruktur des Landes verbessern“ (Juan Batista Cosme, nationaler Direktor für Gemeinschaftsdörfer, zit. nach „Frankfurter Rundschau“, 15. 12. 78). Zu einem echten Gemeinschaftsdorf gehören denn auch eine Schule, eine medizinische Station, ein Volksladen, die Wasserversorgung, die Transporterschließung und Werkstätten. Bei der Regierung sollen mehr Anträge auf Errichtung kommunaler Dörfer vorliegen, als von den staatlichen Organen bewältigt werden können. Anfang 1979 hat das Landwirtschaftsministerium zum erstenmal einen *Zweijahresplan* vorgelegt; eine umfassende Erhebung des landwirtschaftlichen Potentials wird auf 1980 erwartet. Sicher ist, daß in der Landwirtschaft des 783 030 km² großen Mosambik (mehr als dreimal die Fläche der BRD) gewaltige Möglichkeiten liegen.

„Afrikanischer Marxismus“ in wirtschaftlicher Abhängigkeit

Wenn man von den Slogans in Presse und Rundfunk und von den Wandmalereien in den Städten absieht, ist die *wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland*, auch vom Westen, viel augenfälliger als der vielgeschmähte oder vielgerühmte *Marxismus* von Mosambik. Zur Zeit ist ohne ausländische Techniker, Ärzte, Lehrer, Agrarfachleute usw. kaum ein Zweig der Wirtschaft, des Gesundheits- und des Bildungswesens denkbar. Sie wohnen mit ihren Familien in den von den Portugiesen verlassenen Häusern oder in den Hotels von Maputo und Beira, die voll besetzt sind. Die meist jüngeren Fachkräfte, „Cooperantes“ genannt, stammen nicht nur aus der Sowjetunion, der DDR und Kuba, sondern werden von Solidaritätskomitees und speziellen Agenturen zu Hunderten im Westen angeheuert. Zahlen über die Herkunft der „Cooperantes“ werden nicht veröffentlicht. Aber man trifft Skandinavier, Holländer, Italiener, Engländer, Brasilianer und eine große Zahl von Portugiesen, die mit der Regierung in Maputo Zweijahresverträge abgeschlossen haben.

Von besonderer Bedeutung sollen die *Techniker aus der DDR* sein. Sie seien für den Aufbau und die Ausbildung der Polizei und des mosambikanischen Geheimdienstes verantwortlich, sagt man in Maputo. Aber der ideologische Einfluß der DDR- und UdSSR-Experten ist schwer abzuschätzen. Von ebenso großer wirtschaftlicher Bedeutung sind die Südafrikaner, die den Hafen von Maputo und die nach Swaziland und Südafrika führenden Eisenbahnen in Betrieb halten. Obwohl die Zahl der in Südafrika weilenden mosambikanischen Minenarbeiter von 120 000 (1975) auf 38 000 (1978) zusammengeschrumpft ist und die Vorzugsbezahlung dieser Arbeiter nicht mehr in Gold erfolgt, bleibt Mosambik wirtschaftlich und verkehrstechnisch weitgehend *von Südafrika abhängig*. Aus diesem

Grunde hat die Regierung Machel die Parteiführung angewiesen, „die Revolution nicht nach Südafrika zu exportieren“, d. h. die dortigen schwarzen Befreiungsbewegungen nur indirekt und moralisch zu unterstützen.

Von großer Wichtigkeit für die zukünftige ideologische Entwicklung der Regierungspartei ist jedoch *die Haltung, die der Westen im Rhodesienkonflikt einnimmt*. Durch ihn ist nämlich Mosambik direkt betroffen. Die Schließung der rhodesisch-mosambikanischen Grenze (April 1976) und die Einhaltung der Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien kosten Mosambik nach Schätzungen der UNO ca. 420 Millionen US-Dollar. Die westlichen Länder versprochen Hilfe, aber nur 250 Millionen Dollar wurden bisher zur Verfügung gestellt (Zuschüsse vor allem von Schweden und Holland; „weiche Darlehen“ von Großbritannien und von der Afrikanischen Entwicklungsbank). Als noch schwerwiegender wird in Maputo die seit 1976 andauernde „Aggression Rhodesiens“ bewertet. Luftangriffe haben erhebliche Schäden angerichtet. Nicht nur Straßen und Brücken wurden immer wieder bombardiert, sondern rhodesische Agenten haben auch das Fernmeldezentrum in Chicualacuala in die Luft gesprengt (1976) und das Öldepot von Beira in Brand gesetzt (März 1979). Die Regierung mußte 50 000 im rhodesischen Grenzgebiet wohnende Bauern umsiedeln und über 120 000 rhodesische Flüchtlinge aufnehmen. Die Regierung macht aus ihrer Enttäuschung über den Westen keinen Hehl. „Als wir sahen, daß eine Weltmacht, Amerika, zusammen mit der Kolonialmacht Großbritannien sich anschickte, Ian Smith abzusetzen, glaubten wir, unsere Probleme könnten nun bald gelöst werden. Zwei Jahre danach ist Smith noch immer an der Macht, und die amerikanische Regierung sagt, die internen Wahlen (in Rhodesien) stellen einen Fortschritt dar. Welcher Partei haben sich die Amerikaner angeschlossen?“ (zit. nach Bericht von J. MacManus, „Guardian“ 15. 5. 79).

Damit soll angedeutet werden, welch hohen Stellenwert die *Außenpolitik* in der ideologischen Entwicklung der Frelimo-Parteiführung einnimmt und wie stark der Marxismus Mosambiks durch die Imperialismus-Theorie von Marx und Lenin geprägt ist. Bei der Gründung der Frelimo (1962) ging es dem in Amerika ausgebildeten und mit einer Amerikanerin verheirateten *Eduardo Mondlane* in erster Linie um die nationale Befreiung seines Landes. Erst im Verlaufe des bewaffneten Kampfes, der zuerst von der VR China, später auch von der UdSSR unterstützt wurde, setzte sich eine ideologische Richtung durch, die den Kampf immer mehr als revolutionäre Bewegung verstand. Nach der Unabhängigkeitserklärung wurde die gut 10 000 Mann zählende Befreiungsarmee der Frelimo in eine Partei umgewandelt. Man entschloß sich, sie nicht als sozialistische Massenpartei aufzubauen (wie etwa im benachbarten Tansania), sondern als Elite- oder Kaderpartei nach sowjetischem Muster. Der Parteikongreß erarbeitete im Februar 1977 die Kriterien für die Mitgliedschaft, und 1978 wurde die Parteibasis wesentlich erweitert. Parteimitglieder sollen die eigentliche Triebkraft der „Dynamik“

sierungsgruppen“ sein, aus denen nach und nach das kommunistische Zellsystem aufgebaut werden soll.

Es ist nicht leicht, den ideologischen Kurs der Regierungspartei Mosambiks klar zu erkennen. Auf der einen Seite betont die Regierung die *Blockfreiheit*. Sie hat mehrmals unter Beweis gestellt, daß sie sich keiner auswärtigen Macht verpflichtet fühlt und das Schicksal des Landes selbst bestimmen will. „Es ist uns Afrikanern überlassen, unsere Würde und Persönlichkeit zu wahren... Es geht uns nicht darum, irgendeine Position zu beziehen, die von außen an uns herangetragen wird. Wenn es Regierungen gibt, die andere Völker in Abhängigkeit halten wollen, werden wir uns nicht darauf einlassen – gleichgültig, ob es sich um Frankreich, die Sowjetunion oder China handelt“ (Außenminister *Joachim Cissano*, zit. in „Christians and the Churches in Moçambique“, unveröffentlichtes Dokument, London, März 1979). Auf der andern Seite hat der dritte Parteikongreß *den Marxismus-Leninismus zur Staatsideologie erhoben*. Präsident Machel sagte dazu im August 1978: „Wir lehnen die Idee eines afrikanischen oder mosambikanischen Sozialismus ab. Wir sind überzeugt, daß es keine andere Art von Sozialismus gibt als den wissenschaftlichen Sozialismus“ (zit. in „Christians and the Churches in Moçambique“, s. o.).

Viele Mosambikaner wie ausländische Beobachter sind der Auffassung, daß es kaum möglich ist, von der revolutionären Rhetorik der Regierungsmitglieder auf die künftige ideologische Entwicklung dieses wirtschaftlich angeschlagenen und sicherheitspolitisch bedrängten Landes zu schließen. Was im mosambikanischen Kontext mit *wissenschaftlichem Sozialismus* gemeint ist, läßt sich nur anhand praktischer Maßnahmen bestimmen. Zu ihnen gehören:

- die Verstaatlichung des Schul- und des Gesundheitswesens und das Verbot von ärztlichen Privatpraxen (Juli 1975);
- das Regierungsmonopol für Rundfunkanstalten (September 1975);
- die Abschaffung des „Mietzinskapitalismus“; eine Familie darf jedoch ein zweites Haus auf dem Land oder an der Küste besitzen (Februar 1976);
- das Verbot aller privaten Vereinigungen, „die Rassismus, Regionalismus, Spaltung und Elitewesen fördern“ (März 1976);
- die Verstaatlichung aller Import- und Exportfirmen (Juni 1976) und des Versicherungswesens (Januar 1977);
- die Übernahme aller Privatbanken mit Ausnahme der Standard Bank durch die Staatsbank (Januar 1978);
- administrative Maßnahmen zur Beschränkung der Aktionsfreiheit der christlichen Kirchen (besonders seit September 1978).

Die Kirche unter der marxistischen Regierung

Die historische Verflechtung der katholischen Kirche Portugals und Mosambiks mit dem portugiesischen Kolonialismus wird hier als bekannt vorausgesetzt (vgl. HK,

Dezember 76, 597ff. und die von „Idoc International“, Rom, Januar–Februar herausgegebene Bibliographie zum Thema). Auch auf den Widerstand einzelner Priester und Bischöfe sowie kirchlicher Gruppen gegen das Kolonialregime kann hier nicht eingegangen werden (vgl. dazu „Pro Mundi Vita Dossiers“, Bruxelles, Januar–Februar 77). Hier geht es allein um die Situation der Kirchen seit der Unabhängigkeit und um ihre Reaktion auf die zunehmend repressiven Maßnahmen der mosambikanischen Regierung. Wie wichtig jedoch der historische Hintergrund ist, zeigt die Ansprache Präsident Machels vom 1. Mai 1979. Bei der Aufzählung der innern und äußern Feinde Mosambiks stellte er fest: „Bei seinen Angriffen bedient sich der Feind auch der Religion, besonders der katholischen Kirche. Einige wurden Bischöfe wegen der Opfer, die unser Volk (im Befreiungskampf) auf sich genommen hat. Früher mußten sie in den Küchen (der Pfarrhäuser) essen, getrennt vom höheren Klerus der Missionsstationen. Dann kam die Unabhängigkeit. Sie wurden befördert und verwandelt sich in eine Arbeitsgruppe für politische und ideologische Subversion. Gestern waren sie noch auf Seite der portugiesischen Kolonialisten. Heute sprechen sie im Namen des Volkes! Das letzte Ziel des Imperialismus ist es, unsere Arbeiter nochmals auszubeuten – und zwar auch mit Hilfe von Agenten, deren Tarnung die Soutane ist“ (Mosambikanischer Nachrichtendienst AIM/IPS, 2. 5. 79). Auffallend an dieser Anschuldigung ist, daß sie sich in erster Linie gegen die sieben schwarzen Bischöfe richtet, die nach der Erlangung der Unabhängigkeit ernannt wurden. Die beiden weißen Bischöfe, die sich während des Befreiungskampfes entschieden vom Kolonialismus distanziert oder ihn bekämpft hatten – so vor allem Bischof *Vieira Pinto* von Nampula – werden nicht erwähnt. In kirchlichen Kreisen Maputos fragt man sich auch, ob sich die Attacke des Präsidenten nicht gegen *einen* der mosambikanischen Bischöfe richtete, der im März dieses Jahres versucht hatte, Regimegegner außer Landes zu bringen.

Die erste große Veränderung, welche die katholische Kirche Mosambiks seit dem Umschwung in Portugal zu verzeichnen hat, ist der *Abzug von Missionaren*. Während des portugiesischen Exodus verließen 146 Priester, 55 Brüder und 420 Schwestern das Land. Das war mehr als ein Drittel des gesamten kirchlichen Personals. Im Zusammenhang mit der Verstaatlichung von Schulen und Hospitälern wurden mindestens 12 Missionare des Landes verwiesen (Pro Mundi Vita Dossiers, Bruxelles, Januar–Februar 77, S. 27). Damals verließen 76 protestantische Missionare das Land; nur vier konnten sich zum Bleiben entschließen, sieben traten in den staatlichen Dienst ein. Seit dem Juli 1978 wurde das kirchliche Personal weiter dezimiert: acht Priester und eine Schwester wurden ausgewiesen, ein Priester steht unter Hausarrest, zwei mosambikanische Geistliche weilen in „Umerziehungslagern“, und einer sitzt im Gefängnis. Den ca. 1,6 Millionen Katholiken (17,7% der Bevölkerung) dienen heute in neun Bistümern 37 schwarze Priester, 278 Missionare und ungefähr 500 Ordensschwestern (vor 1975 waren es 1122).

Unmittelbar nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit *verloren die Kirchen die Kontrolle über alle sozialen Institutionen*: Nicht nur wurden Schulen und Hospitäler verstaatlicht, auch die Bankkonten der Kirchen wurden vorübergehend gesperrt, mit der Begründung, daß sie in erster Linie im Dienst dieser Institutionen standen. Die dem Erzbischof von Lourenço Marques gehörende Tageszeitung „Diario“, die seit 1956 den portugiesischen Kolonialismus am radikalsten unterstützt hatte, wurde noch vor Einsetzung der Übergangsregierung von Lissabon geschlossen (vgl. F. Barton, *The Press of Africa: Persecution and Perseverance*, London, 1979, 170–174). Auf Geheiß der Regierung mußten auch alle kleinen Seminarier die Pforten schließen. Im einzigen Priesterseminar des Landes, dem von Maputo, studieren gegenwärtig 12 Männer, davon zwei Weiße. Wegen der Verpflichtung zum Nationaldienst und zum Militärdienst können Männer praktisch erst nach dem 27. Lebensjahr ins Große Seminar eintreten.

Auch alle kirchlichen *Laienorganisationen* wurden aufgelöst. Dazu gehörten Jugend- und Frauenvereine, Laienbruderschaften und die noch im alten Stil geführten Gruppen der Katholischen Aktion. Frelimo hat inzwischen nationale Frauen- und Jugendorganisationen aufgebaut, denen ein hoher ideologischer Stellenwert zukommt. Die Mehrzahl der Kirchen und Kapellen, die mit sozialen Institutionen wie Schulen und Hospitälern verbunden waren, wurden nach und nach geschlossen oder anderen Zwecken zugeführt. Diese Gotteshäuser seien jetzt nicht mehr notwendig, weil die sozialen Institutionen, denen sie gedient hatten verstaatlicht worden seien, lautete die Begründung der Regierung. In den neuen Gemeinschaftsdörfern dürfen keine Gottesdienstlokale errichtet und auch unter Bäumen keine Gottesdienste gefeiert werden. Am einschneidendsten wurde die Bewegungsfreiheit der katholischen Kirche bisher im Bistum Pema eingeschränkt. In dieser Diözese, die sich gegen den Nyassasee hin erstreckt, wurden im Dezember 1978 alle ländlichen Pfarreien geschlossen. Priester und Schwestern mußten sich in die wenigen Kleinstädte der Diözese zurückziehen und erhalten vom Distriktgouverneur keine Erlaubnis, ihre Gemeinden zu besuchen. Somit sind über 200 000 Katholiken der Pema-Diözese des kirchlichen Dienstes der Priester und Schwestern beraubt. Ob es sich um den Übereifer eines Parteimannes oder um den Anfang einer neuen Kirchenpolitik der Regierung handelt, ist noch nicht auszumachen.

Es besteht aber kein Zweifel, daß sich die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Mosambik seit Juli 1978 merklich verschlechtert haben. Nach einigen Beobachtern ist das dem persönlichen Einfluß des Zentralbankgouverneurs *Sergio Viera* zuzuschreiben, der den in Maputo versammelten Bischöfen am 6. Dezember 1978 im Namen der Parteileitung neue Maßnahmen bekanntgab, welche die Freiheit der Kirche weiter beschneiden. Die Kirche darf ohne staatliche Zensur nichts drucken oder vervielfältigen; sie darf nicht selbständig Bücher oder Schallplatten einführen; Abonnements für Zeitschriften müssen durch die

staatlichen Organe bestellt werden; Missionare und vor allem Bischöfe bedürfen wegen des Krieges mit Rhodesien einer Reiseerlaubnis, um in ländliche Gebiete zu fahren, und auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene werden nun Kultuskommissionen gegründet, die sich der kirchlichen Fragen annehmen sollen.

Von den *repressiven Maßnahmen* ist nicht nur die katholische Kirche betroffen, sondern auch die der rund 200 000 evangelischen Christen. Auch der Islam (ca. 600 000 Anhänger) und die Ausübung der traditionellen afrikanischen Religion, vor allem der Ahnenverehrung, werden immer mehr als „Obskurantismus“ verschrien. Die im Juni 1978 abgehaltene Zweite Konferenz des Ministeriums für Ideologische Arbeit macht dazu folgende Feststellungen: „Die Konferenz kam aufgrund der in allen Provinzen gesammelten Erfahrungen zur Überzeugung, daß die Tätigkeit der verschiedenen religiösen Organisationen unseres Landes ein objektives Hindernis für den Fortschritt der revolutionären Entwicklung bedeutet. Der Grund dafür ist, daß alle diese Organisationen unwissenschaftliche Anschauungen von der Welt, der Gesellschaft und der Menschheit zu propagieren versuchen. Die Konferenz ist der Auffassung, daß die politisch-ideologische Bildung der Parteimitglieder und der Bevölkerung überhaupt das wirksamste Mittel ist, um den schädlichen Einfluß der religiösen Organisationen zu bekämpfen. Auch werden die wachsenden wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse der Bevölkerung viel dazu beitragen, eine solide materialistische Weltanschauung zu entwickeln, die das Volk gegen die idealistische und metaphysische Propaganda der Kirchen immun macht“ (§§ 25–26 des Konferenzberichts, zit. in „Christians and the Churches in Moçambique“, a. a. O.).

Unterschiedliche Reaktionen

Die *Reaktion der schwarzen Christen und der Kirchenführungen* auf diese Angriffe und auf die Beschränkung der kirchlichen Freiheit ist sehr unterschiedlich. Die Christen, von denen rund ein Drittel noch regelmäßig die Gottesdienste besucht, nehmen die Polemik und die Maßnahmen der Regierung nicht sonderlich ernst. Sie sind von der geradezu unerschütterlichen Zuversicht getragen, daß der Sturm sich legen werde und das kirchliche Leben sich zu einem späteren Zeitpunkt auch in einem sozialistischen Mosambik wieder freier entwickeln könne. Ein „atheistischer Afrikaner“ ist ein begrifflicher Widerspruch, sagen sie, und die einfachen Bauern werden nach wie vor mit ihren Ahnen verbunden sein und sie verehren. Das Urteil der Kirchenführer über die Zukunft des Christentums ist jedoch pessimistisch. „Wir glauben, daß ein Plan existiert, die Religion durch eine sorgfältige und abgestufte Strategie systematisch zu ersticken“, sagte neulich einer der mosambikanischen Bischöfe (zit. nach KNA, 29. 3. 79). Seit dem Militärcoup in Portugal haben die Bischöfe Mosambiks in mehreren gemeinsamen Hirtenbriefen zur Lage

der Kirche Stellung bezogen (30.8.74; 6.6.1976; 3.12.1978, vgl. HK, Dezember 76, S. 598 und März 79, S. 160). Darüber hinaus haben sich die Bischöfe in mehreren Memoranden direkt an die Regierung gewandt. Eines von ihnen betraf die Verhältnisse in den „Umerziehungslagern“; es soll von der Regierung besonders gewürdigt worden sein. Die früheren Hirtenbriefe beklagen die Rolle, welche die Kirche während des Kolonialismus gespielt hat, und appellieren an die Regierung, ihr in der neuen Ordnung Mosambiks einen Platz zu geben, an dem sie positiv zum nationalen Aufbau beitragen könne. Der gemeinsame Hirtenbrief vom 3. Dezember 1978 ist fast ausschließlich der Religionsfreiheit gewidmet, welche die mosambikanische Verfassung garantiert und die eine der Grundfreiheiten des Menschen darstellt. Einen Ansatz

zum Dialog zwischen Christentum und Sozialismus stellt der Hirtenbrief eines einzelnen Bischofs dar. Auf den ersten Jahrestag der nationalen Unabhängigkeit Mosambiks erließ Bischof *Vieira Pinto* von Nampula ein Schreiben, in dem er die positiven Elemente der neuerworbenen Freiheit und der zu gestaltenden neuen Gesellschaftsordnung unterstrich. Die sprachliche Formulierung und die patriotische Gesinnung dieses Hirtenbriefes zeugen von einem tiefen Verständnis für die Realität des postkolonialen Mosambik. In einem sind sich aber alle Christen Mosambiks einig: Die internationale Solidarisierung der Kirchen und der Regierungen der westlichen Welt mit ihrem Land oder die Distanzierung von ihm wird die künftige Einstellung der Regierung zu den Kirchen in hohem Maße beeinflussen.

Peter Faber

Forum

Was kann uns heute das Naturrecht bedeuten?

Zu dem Interview mit Professor Wolfgang Kluxen über die Bedeutung des Naturrechts heute (vgl. HK, Februar 1979, S. 78–83) schickte uns der Moralthologe Josef Funk SVD eine längere Zuschrift, die wir hier in gekürzter Fassung wiedergeben.

In dem Gespräch, das die Herder-Korrespondenz mit Professor Kluxen geführt hat, kommt zum Ausdruck, daß das neuscholastische Naturrecht an seiner Überforderung zerbrochen sei. Es sei überfrachtet gewesen mit Voraussetzungen metaphysischer Art. Es habe den überzogenen Anspruch gemacht, ewige und unveränderliche Normen aus der Natur des Menschen ableiten zu können und gleichzeitig für jede Situation, für jeden konkreten Fall eine eindeutige Lösung parat zu haben. So sei das traditionelle Naturrecht tot. Und doch brauchten wir so etwas wie ein Naturrecht. Professor Kluxen bietet uns nun in besagtem Interview eine Reihe treffender Impressionen, die der Naturrechtsfrage wieder auf den Weg helfen sollen. Freilich, eine allseitige systematische Darstellung von Wesen und Bedeutung des Naturrechts kommt dabei nicht zustande. Und eine solche ist doch sicher vonnöten.

In dieser Not der Naturrechtsfrage glaube ich darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß ich bereits in den Jahren 1938/39 versucht habe, das neuscholastische Naturrecht ohne direkte Konfrontation zu überspielen und ein tragfähigeres Naturrecht in systematischer Darstellung zu bieten. Ich habe das getan in meiner Doktordissertation, die den Titel trug: *De jure naturali transcendente jus positivum*, die ich im Jahre 1939 an der Päpstlichen Universität

Gregoriana in Rom verteidigt habe. Weiter ausgeführt habe ich dann diese Ideen in dem Buch „Primat des Naturrechts“.

Prinzipien des Naturrechts

Wir tun gut daran, von vornherein drei Arten von *Naturrechtsprinzipien* zu unterscheiden, die je nach ihrer Art verschieden zu beurteilen sind in ihrer Geltung.

Da sind zunächst die *transzendentalen Prinzipien* zu nennen, die per modum confusionis entstanden sind und so ewig und allgemeingültig im wahrsten Sinne des Wortes sind. Diese transzendentalen Rechtsprinzipien finden sich in jeder wirklichen Rechtsbeziehung verwirklicht. Ein Prinzip dieser Art ist vor allem das alte Wort: *Suum cuique*. Hierzu sind auch das Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip zu rechnen. Und wenn Professor Kluxen sagt „Personenwürde zu wahren und zu schützen ist der grundlegendste Zweck der Rechtsordnung“, so kann auch dieser Satz hier Platz finden. Auch all die Sätze, in die R. Stamler und J. Binder ihre Rechtsidee auflösen, gehören hierher.

Sodann gibt es die Kategorie der *abstrakten Naturrechtsprinzipien*, also jene, die per modum abstractionis zutage treten. Diese beruhen auf der abstrakten Wesensnatur des Menschen, des Staates, der Kirche, der Ehe usw. Das sind Sätze, die „per se“, die „an sich“ gelten. Hierhin gehört ein Satz wie dieser: Du sollst die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens, der menschlichen Freiheit, des menschlichen Eigentums achten! In dieser Kategorie von